

## Pierre Gerbet, Das deutsch-französische Tandem und Europa

**Quelle:** Pierre Gerbet, Institut d'études politiques de Paris, Paris (2005).

**Urheberrecht:** (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

**URL:**

[http://www.cvce.eu/obj/pierre\\_gerbet\\_das\\_deutsch\\_franzosische\\_tandem\\_und\\_euro\\_pa-de-1a00a313-d581-4b5a-aeab-ca9d18bedafb.html](http://www.cvce.eu/obj/pierre_gerbet_das_deutsch_franzosische_tandem_und_euro_pa-de-1a00a313-d581-4b5a-aeab-ca9d18bedafb.html)



**Publication date:** 05/07/2016

## Das deutsch-französische Tandem und Europa

von Prof. em. Pierre Gerbet, Institut d'études politiques de Paris.

Die Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg hat die Gründung der Europäischen Gemeinschaften möglich gemacht. Das gemeinsame Handeln der beiden Länder hat (oft entscheidend) zur Entwicklung der Gemeinschaften und zur Gründung der Europäischen Union beigetragen. Indes haben die Stärke und die Handlungsfähigkeit der deutsch-französischen Freundschaft in der Gestaltung Europas in den letzten fünfzig Jahren zahlreiche Hochs und Tiefs erlebt, in denen die Rolle der führenden Politiker entscheidend war.

### 1. Die Gründung der Europäischen Gemeinschaften

Der französische Außenminister Robert Schuman ergriff am 9. Mai 1950 die historische Initiative zur Versöhnung Frankreichs und Deutschlands im Rahmen einer ständigen europäischen Organisation. Inspiriert von Jean Monnet bot er der jungen Bundesrepublik Deutschland (BRD) an, als gleichberechtigter Partner einer supranationalen europäischen Gemeinschaft beizutreten, die sich zunächst auf Kohle und Stahl beschränken und für andere Länder offen stehen sollte. Dies war ein historischer Wendepunkt in der französischen Politik, weg vom Misstrauen gegenüber dem Feind und hin zur Versöhnung und einer Partnerschaft für die europäische Integration. Für Bundeskanzler Adenauer, der unverzüglich zusagte, bot sich so ein Weg, um Deutschland aus seiner Lage als besiegtes Land zu befreien und als gleichberechtigter Staat anerkannt zu werden. Es bedeutete auch die Verankerung Westdeutschlands in Westeuropa und ein Sicherheitspfand für die Stabilität der jungen Bonner Demokratie. Für die europäische Einheit war es ein entscheidender Schritt: Nach der einfachen Zusammenarbeit in der Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC) und im Europarat gab es endlich eine Formel zur Kooperation über die nationale Souveränität hinaus und zur Einrichtung gemeinsamer Institutionen.

Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) konnte somit durch den Pariser Vertrag vom 18. April 1951 gegründet werden. Italien mit Alcide de Gasperi an der Spitze hatte begeistert zugestimmt, Belgien, die Niederlande und Luxemburg mit etwas mehr Zurückhaltung. Großbritannien hatte abgelehnt, da es das Prinzip der Supranationalität nicht akzeptierte. So bildete sich das Europa der Sechser-Gemeinschaft, in dem Frankreich und Deutschland ein entscheidendes, indes aufgrund der Stimmengewichtung nicht ausschließliches Gewicht zukam; dadurch konnten sie Impulse geben, die anderen Staaten jedoch nicht überstimmen – weder in der Hohen Behörde noch im Besonderen Ministerrat. In der EGKS waren Franzosen und Deutsche sich zwar über die große politische Bedeutung des Vorhabens einig, konnten sich jedoch aufgrund unterschiedlicher Interessen nicht immer über die technischen Aspekte verständigen. Aber sie haben gelernt, miteinander zu arbeiten.

Als mit dem Koreakrieg die Wiederbewaffnung Deutschlands unumgänglich für die Verteidigung Westeuropas wurde, schlug Frankreich den sechs Mitgliedern der EGKS erneut die Gemeinschaftsmethode für das Vorhaben einer europäischen Armee vor. Weder die französische Regierung noch der Bundeskanzler wünschten sich eine deutsche Armee, erstere aufgrund der Erfahrungen der Geschichte, letzterer, da er darin eine Gefahr für die Bonner Demokratie sah. So entstand der Vertrag über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft vom 27. Mai 1952. Da die Gründung einer Armee eine politische Behörde zu deren Verwaltung voraussetzte, entwickelten die Sechs das Vorhaben einer Europäischen Politischen Gemeinschaft (EPG), in der sich der deutsche Einfluss in einem Text föderaler Färbung niederschlug. So wäre die wirtschaftliche Integration sehr schnell auf die politische Ebene ausgeweitet worden. In jenem Augenblick änderte sich die französische Position – zunächst durch Vorbehalte, dann durch die Ablehnung der Ratifizierung des EVG-Vertrags, obwohl er von den Partnern akzeptiert worden war; dies führte zum Scheitern des Vorhabens einer politischen Gemeinschaft. Die französische Kehrtwende ließ sich mit der Furcht vor einer deutschen militärischen Übermacht in der europäischen Armee erklären, da Frankreich im Indochina-Krieg verwickelt war, und mit der Weigerung, die Souveränität des französischen Staates oder die Einheit seiner Armee beeinträchtigen zu lassen. Bundeskanzler Adenauer, dessen Politik eine Absage erteilt worden war, erlebte dadurch einen Rückschlag, und die deutsch-französischen Beziehungen wurden getrübt. Schließlich erhielt Deutschland wieder eine nationale Armee – was die Franzosen hatten verhindern wollen

–, im Rahmen der NATO und überwacht von der Westeuropäischen Union (WEU), die als „europäischer Deckmantel“ der deutschen Wiederbewaffnung durch die USA gegründet worden war. Die großen deutsch-französischen Pläne für Europa verschwanden. Die Möglichkeiten einer politischen und militärischen Integration rückten in eine ferne Zukunft.

Auf wirtschaftlicher Ebene hingegen war die „Wiederbelebung“ Europas weiterhin möglich. Weder Frankreich, das nach seiner Ablehnung der EVG an Glaubwürdigkeit verloren hatte, noch Deutschland, das enttäuscht und nunmehr misstrauisch geworden war, konnten die Initiative ergreifen. Jean Monnet wandte sich an den belgischen Außenminister Paul-Henri Spaak. Mit seinen Kollegen Joseph Bech, dem luxemburgischen Premier- und Außenminister, und Johann Willem Beyen, der sich damals das Amt des niederländischen Außenministers mit Joseph Luns teilte, verfasste dieser das Benelux-Memorandum, das von den Sechs auf der Konferenz von Messina verabschiedet wurde (1.-2. Juni 1957). Es handelte sich dabei um einen Kompromiss zwischen den abweichenden Positionen Frankreichs auf der einen und Deutschlands und der Beneluxstaaten auf der anderen Seite. Für die Deutschen und die Niederländer ging es darum, über die sektorbezogene Integration des Kohle- und Stahlmarktes hinaus zu gehen und den gemeinsamen Markt auf die gesamte Wirtschaft auszuweiten. Die Franzosen waren aufgrund ihrer protektionistischen Tradition und der Gewohnheit staatlicher Hilfen, der Höhe der Steuer- und Sozialabgaben sowie der schwachen Währung strikt dagegen. Sie forderten die Ausweitung der sektorbezogenen Integration auf die Atomenergie – einen Bereich, in dem sie ihren Partnern weit überlegen waren. Die jedoch waren nicht interessiert, entweder weil sie nicht über die notwendigen Mittel verfügten, wie die Beneluxstaaten oder Italien, oder weil sie – wie die Deutschen – gegen jeglichen neuen „supranationalen Dirigismus“ waren, der die Handlungsfreiheit der Unternehmen einschränken würde.

Während der Verhandlungen um die Römischen Verträge unter dem geschickten Vorsitz Spaaks war die deutsch-französische Solidarität von besonderer Bedeutung. Die größten Hindernisse wurden bei Gipfeltreffen zwischen Bundeskanzler Konrad Adenauer und dem französischen Regierungschef Guy Mollet aus dem Weg geräumt. Adenauer traf eine politische Entscheidung, da seiner Ansicht nach der wirtschaftliche Weg am wahrscheinlichsten zur politischen Einheit Europas führen würde, und setzte sich über die Vorbehalte der deutschen Wirtschaftskreise hinweg. So konnte Frankreich beispielsweise erreichen, dass der allgemeine gemeinsame Markt nicht eine einfache Freihandelszone würde, sondern eine echte Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) mit einer Zollunion und einem relativ hohen gemeinsamen Außenzolltarif (GAZ), einer gemeinsamen Agrarpolitik, der Assoziierung der Überseegebiete (die auch die Belgier forderten, die die Deutschen jedoch als finanzielle Belastung und als Überbleibsel des „Kolonialismus“ betrachteten), indes ohne vorherige Angleichung der Sozialabgaben. Deutschland dagegen hatte, wie auch die anderen Partner, große Vorbehalte gegenüber der Europäischen Atomenergiegemeinschaft (EAG oder Euratom), da es die Brennstoffe und die Patente lieber von den Vereinigten Staaten kaufen und die Tragweite dieser neuen Gemeinschaft stark einschränken wollte; sie sollte keine Industrietätigkeiten verfolgen (beispielsweise eine Isotopentrennanlage zur Urananreicherung) oder die Forschung planen. Frankreich behielt sich jedoch die Möglichkeit vor, die Atomenergie zu militärischen Zwecken zu nutzen, während Deutschland vor seiner Wiederbewaffnung darauf verzichtet hatte und die anderen Partner nicht die notwendigen Mittel besaßen.

Auf institutioneller Ebene waren Frankreich und Deutschland sich einig; in beiden Ländern fand der Gedanke der Supranationalität immer weniger Unterstützung, da die französische Regierung eine Wiederholung des Streits um die EVG verhindern und die deutsche Regierung ihre neu gewonnene Souveränität nicht erneut aufgeben wollte. Beide neuen Gemeinschaften würden eine unabhängige Kommission erhalten (keine Hohe Behörde), die die Verträge anwenden und Vorschläge unterbreiten würde; die Entscheidungsbefugnis läge ausschließlich beim Rat der nationalen Minister, der entweder einstimmig oder mit einer Mehrheit abstimmt; die Stimmenzahl wäre gewichtet, so dass die anderen Länder vor einer deutsch-französischen Blockade geschützt wären. Das Parlament und der Gerichtshof wären für alle drei Gemeinschaften zuständig.

## **2. Die Einrichtung der Sechser-Gemeinschaften**

Nach seiner Rückkehr an die Spitze des Staates am 1. Juni 1958 war General de Gaulle, der in der

Opposition der IV. Republik die Supranationalität, die EGKS und vor allem die EVG strikt abgelehnt hatte, der Ansicht, dass die wichtigste der drei Gemeinschaften, die Wirtschaftsgemeinschaft, der französischen Wirtschaft nützen und die Entwicklung des französischen Einflusses begünstigen könnte. Er bemühte sich, den deutschen Bundeskanzler zu beruhigen, versprach ihm, dass Frankreich den Zeitplan für die Öffnung des gemeinsamen Marktes einhalten würde, und strengte dazu die notwendigen Finanzreformen an. Im Gegenzug sichert Adenauer ihm seine Unterstützung gegen das britische Vorhaben einer großen Freihandelszone zu, obwohl diese von der Wirtschaft in Deutschland und den Beneluxstaaten unterstützt wurde; sie würde aber die Zollunion der Sechs und ihr politisches Potenzial schwächen.

Bis zum Rücktritt Adenauers im Oktober 1963 war der deutsch-französische Einfluss in der Entwicklung der Wirtschaftsgemeinschaft vorherrschend: beschleunigter Abbau der Zollgrenzen zur Realisierung des Gemeinsamen Marktes – hauptsächlich im Interesse der Bundesrepublik –, Definition und Verabschiedung der gemeinsamen Agrarpolitik entsprechend den Forderungen Frankreichs. Das Verhältnis zwischen der französischen Regierung und dem deutschen Präsidenten der EWG-Kommission Walter Hallstein, der die Bestimmungen des Vertrags umsetzte, war ausgezeichnet. In den anderen Gemeinschaften hatten Frankreich und Deutschland sich auf die Abmilderung deren supranationalen Wesens verständigt – de Gaulle aus politischen Gründen, Adenauer aufgrund der ablehnenden Haltung der deutschen Industrie gegenüber dem „Dirigismus“; außerdem hatten sie sich mit Italien auf die Ablehnung der von der Hohen Behörde der EGKS vorgeschlagenen Gemeinschaftsmaßnahmen geeinigt, die von den Beneluxstaaten unterstützt wurden. Bei der Euratom war es de Gaulle, der sich entgegen der Meinung der anderen Partner, darunter auch Deutschland, für den Rücktritt des französischen Präsidenten Étienne Hirsch einsetzte, weil dieser als zu föderalistisch galt.

Was das politische Europa angeht, waren die Gründerväter der Gemeinschaften weiterhin der Ansicht – ungeachtet des Zwischenfalls der EVG –, dass es ausgehend von der Wirtschaftsintegration und den Gemeinschaftsinstitutionen schrittweise realisiert werden könnte. Daher befürworteten sie die Fusion der Kommissionen der EWG und Euratoms und der Hohen Behörde zu einer gemeinsamen Kommission, die wie eine Regierung von der Versammlung eingesetzt werden würde. Die Versammlung ihrerseits beschloss, ihre Bezeichnung in „Europäisches Parlament“ zu ändern und forderte, in allgemeiner Wahl gewählt zu werden.

Für General de Gaulle kam es nicht in Frage, die Entwicklung dieser supranationalen Tendenz geschehen zu lassen. Die Politische Union Europas sollte ausgehend von den „Realitäten“ geschehen, das heißt von den Staaten und mit den Mitteln der Regierungszusammenarbeit. Daher schlug er im Jahr 1961 eine „Staatenunion“ vor, um „die Außen-, Wirtschafts-, Kultur- und Verteidigungspolitik der Sechs zu harmonisieren, zu koordinieren und zu vereinen“. De Gaulle wurde von Adenauer unterstützt, der als Pragmatiker der Ansicht war, dass die Art der Einigung weniger wichtig war als die Einigung selbst und dass diese ausgehend von einem deutsch-französischen Kern erreicht werden könnte. Aber in Deutschland gab es starken Widerstand, und vor allem die Beneluxstaaten waren sehr gegen dieses Vorhaben. Sie fürchteten, dass die Gemeinschaftsinstitutionen ihre Unabhängigkeit verlieren und unter die Vormundschaft der Regierungen gelangen würden. Vor allem die Partner Frankreich fürchteten eine Schwächung der Bande zwischen den Vereinigten Staaten und einem von de Gaulle gewünschten „europäischen Europa“. Deshalb machten sie ihre Zustimmung von der Teilnahme Großbritanniens abhängig – das zu jener Zeit Beitrittskandidat war –, um den deutsch-französischen Einfluss zu relativieren; aber gerade das war es, was General de Gaulle hatte verhindern wollen. Die Verhandlungen für die Staatenunion endeten im April 1962. De Gaulle machte sein Veto gegen den britischen Beitritt am 14. Januar 1963 geltend.

Eine politische Union der Sechs kam nicht mehr in Frage. De Gaulle versuchte also, die deutsch-französische Zusammenarbeit zu intensivieren und akzeptierte den Vorschlag Adenauers, die deutsch-französische Versöhnung mit einem feierlichen bilateralen Vertrag zu besiegeln, der am 22. Januar 1963 im Élysée-Palast unterzeichnet wurde. Dieser Vertrag sieht eine enge Zusammenarbeit zwischen Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland in den Bereichen der Außenpolitik, der Verteidigung, der Bildung und der Jugend vor. Konsultationen sollen stattfinden, um gemeinsame Standpunkte zu erreichen, insbesondere zu den europäischen Gemeinschaften, den Ost-West-Beziehungen und den in der Nordatlantikvertragsorganisation (NATO) behandelten Themen. Der Vertrag beinhaltet jedoch keinerlei politische

Verpflichtung. Seine Wirksamkeit sollte von der Fähigkeit der Partner abhängen, ihre Positionen abzustimmen. Die Differenzen zwischen Paris und Bonn nahmen indes zu. Bei der Ratifizierung des Vertrags verabschiedete der Bundestag eine Präambel, die den Vertrag seiner Substanz beraubte, indem er als Ziel die enge Assoziierung zwischen Europa und den Vereinigten Staaten definierte, sowie eine integrierte atlantische Armee und ein nach dem Vorbild der Europäischen Gemeinschaften gebildetes vereintes Europa mit Großbritannien als Mitglied. Die französische Regierung kündigte an, dass sie diese Ziele nicht akzeptieren würde. Zudem trat Bundeskanzler Adenauer im Oktober 1963 zurück. Das war das Ende einer Ära.

Deutscher Partner des Generals de Gaulle war nunmehr Bundeskanzler Ludwig Erhard, ein Atlantiker und Befürworter des Beitritts Großbritanniens zum Gemeinsamen Markt, der an den Freihandel auf globaler Ebene glaubte und sich nur wenig für die Europäischen Gemeinschaften erwärmen konnte. Die Meinungsunterschiede waren grundsätzlich. Trotzdem wurde die effiziente Zusammenarbeit fortgesetzt, jedoch nur um die Zollunion und die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) zu vervollkommen, die bereits im Interesse beider Partner angeregt worden waren. Es gibt kein Vertrauensverhältnis zwischen den beiden, der deutsche Außenminister Gerhard Schröder setzt in der Praxis das Prinzip des „Zug-um-Zug“ durch; es werden „Pakete“ zu einer Reihe von Fragen verabschiedet, die gleichzeitig beide Länder zufrieden stellen sollen. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit einer engen deutsch-französischen Abstimmung über diese Probleme, die sich als der Motor im Europa der Sechs herausstellte.

In politischen Fragen war das nicht der Fall. Als der Kommissionspräsident eine Reform zur Finanzierung der GAP vorschlägt, um die Befugnisse der Kommission und des Europäischen Parlaments zu erweitern, lehnte der General dies förmlich ab und löste damit die Krise des „Leeren Stuhls“ aus, die von Juli 1965 bis Januar 1966 dauerte, um seine Partner zum Einlenken zu bewegen; er ging sogar soweit und forderte die Revision der Verträge, um die Unabhängigkeit der Kommission einzuschränken und ein Vetorecht im Ministerrat einzuführen. Deutschland setzte sich an die Spitze des Widerstandes gegen Frankreich. Schließlich wurde in Luxemburg ein „Vereinbarung“ geschlossen, in dem die Fünf ihr Festhalten am Vertrag bekräftigten und Frankreich die Notwendigkeit unterstrich, die Einstimmigkeit zu erhalten, wenn ein Staat es fordert, weil wichtige Interessen auf dem Spiel stehen. Diese Haltung wird die Ausweitung der Mehrheitsentscheidungen für lange Zeit verzögern. Als London 1967 seinen zweiten Antrag auf Beitritt zu den Gemeinschaften stellte, legte der General am 27. November sein zweites Veto ein, während Bundeskanzler Kiesinger genau wie Italien und die Beneluxstaaten den Beitritt befürworteten. Angesichts der Weigerung de Gaulles suchten die Fünf die politische Zusammenarbeit mit Großbritannien im Rahmen der Westeuropäischen Union zu entwickeln und verweigerten jeglichen weiteren Fortschritt der Gemeinschaften.

### **3. Die erweiterten Gemeinschaften**

Wenn Frankreich und Deutschland sich in der Sechser-Gemeinschaft einig waren, hatten sie einen entscheidenden Einfluss. Mit dem Beitritt Großbritanniens und anderer Staaten würden die Spielregeln komplizierter werden.

Georges Pompidou, der General de Gaulle am 15. Juni 1969 nachgefolgt war, musste den Gemeinschaften neue Impulse verleihen, um seiner politischen Mehrheit Genüge zu tun und vor allem um die finanzielle Regelung der GAP zu erreichen. Sein deutscher Partner war Willy Brandt, der sich für seine Ostpolitik auf die Gemeinschaften im Westen stützen und ein gutes Verhältnis zu Frankreich aufbauen wollte. Pompidou und Brandt verständigten sich auf einen Plan: Vollendung der Agrarpolitik, Erweiterung mit der Aufnahme von Verhandlungen mit den Bewerbern, Stärkung des erweiterten Europas. Auf der Konferenz der Sechs in Den Haag (1.-2. Dezember 1969) wurde die Einigung erzielt. Die Finanzierung der Agrarpolitik mit Eigenmitteln wurde im April 1970 vereinbart. Die Erweiterungsverhandlungen begannen am 1. Juli 1970. Sie machten entscheidende Fortschritte, als der französische Präsident den britischen Premierminister Edward Heath traf, einen großen Befürworter Europas. Die beiden Männer einigten sich auf die Wahrung der Identität der Nationalstaaten und die Einstimmigkeit bei Abstimmungen über Fragen von wichtigem nationalem Interesse. Pompidou stützte sich somit auf eine französisch-britische Abmachung, um sich den mehr oder weniger föderalistischen Bestrebungen seiner Partner zu widersetzen. Was die Vertiefung angeht,



hatten Pompidou und Brandt sich auf die schrittweise Realisierung einer Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) bis zum Jahr 1980 verständigt.

Aber Frankreich und Deutschland hatten verschiedene Auffassungen von den Modalitäten. Frankreich brauchte die Währungszusammenarbeit zur Stützung des Franc und wollte seine Freiheit bei der Gestaltung seiner Wirtschafts- und Sozialpolitik behalten, die zwar auf Wachstum und Vollbeschäftigung ausgerichtet war, aber zur Inflation tendierte, während Deutschland mit seiner starken D-Mark nicht die Währungskonsequenzen der leichtfertigen Politik tragen wollte, die ein Partner in völliger Unabhängigkeit betreiben könnte. Meinungsverschiedenheiten gab es auch hinsichtlich des supranationalen Wesens der WWU-Einrichtungen mit den Forderungen Deutschlands nach einem gemeinschaftlichen Entscheidungszentrum und einer unabhängigen Zentralbank, die Frankreich jedoch mit Hinweis auf die Souveränität zurückwies. Angesichts der Dollarkrise im Jahr 1971 ließ Deutschland zudem die D-Mark floaten und Frankreich stellte die Devisenkontrolle wieder her. Die Reduzierung der Schwankungsbreiten zwischen den europäischen Währungen konnte nur zwischen der D-Mark, dem belgisch-luxemburgischen Franc, dem niederländischen Gulden und den skandinavischen Kronen realisiert werden.

Mit dem Beitritt Großbritanniens entstand ein gewisser Trilateralismus zwischen Frankreich, Deutschland und Großbritannien, und Pompidou war angesichts der Ostpolitik Brandt beunruhigt, da er eine Annäherung mit Russland befürchtete, und sorgte sich angesichts des wachsenden wirtschaftlichen und finanziellen Einflusses der Bundesrepublik. Daher suchte er die Unterstützung Großbritanniens, das den Franzosen näher zu stehen schien als den Deutschen. Frankreich und Großbritannien waren sich einig, sich jeglicher institutionellen Reform supranationaler Art zu widersetzen, während Deutschland die Gemeinschaftsinstitutionen weiterentwickeln wollte. Als auf dem Gipfel von Paris (19.-21. Oktober 1972), wo die Sechs und die neuen Mitgliedstaaten, deren Beitritt für den 1. Januar 1973 vorgesehen war, die Gründung einer „Europäischen Union“ für 1980 beschließen, ist diese Bezeichnung ein Kompromiss zwischen den Begriffen „Föderation“ – ein Vorschlag Brandts – und „Staatenbund“ oder „Konföderation“, die Pompidou und Heath vorgezogen hatten. Das Wesen dieser Union war übrigens nicht weiter definiert worden. Die Differenzen zwischen Paris und Bonn über die GAP wurden immer größer, da die Deutschen sie für zu kostspielig hielten, aber auch über die von London geforderte Regionalpolitik, die Paris unterstützte, und vor allem über die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten anlässlich der Ölkrise von 1973. Mehr als um eine deutsch-französische Krise handelte es sich vielmehr um die Isolation Frankreichs innerhalb der Gemeinschaften, da die acht Partner, allen voran Großbritannien und Deutschland, es für realistischer hielten, sich an die Seite der Vereinigten Staaten zu stellen, während die französische Regierung weiter für ein von Washington unabhängiges „europäisches Europa“ kämpfte.

Ein neues Kapitel wurde 1974 mit dem Weggang dreier wichtiger Akteure aufgeschlagen. Am 28. Februar kam in Großbritannien die Labour-Partei mit Premierminister Harold Wilson zurück an die Macht, der sehr viel weniger europäisch eingestellt war als Edward Heath, und forderte die Neuverhandlung des Beitrittsvertrags; 1979 wird Margaret Thatcher Premierministerin und sucht die Entwicklung der Gemeinschaft zu bremsen. In Deutschland tritt am 16. Mai Helmut Schmidt die Nachfolge von Willy Brandt an. Nach dem frühen Tod von Georges Pompidou in Frankreich wird Valéry Giscard d'Estaing – sehr viel europäischer eingestellt als sein Vorgänger – am 19. Mai zum Präsidenten der französischen Republik gewählt. Der deutsch-französisch-britische „Trilateralismus“ wurde aufgrund der britischen Vorbehalte unmöglich, was dem deutsch-französischen Bilateralismus neuen Schwung verlieh. Zu jener Zeit begann man in Frankreich vom deutsch-französischen „Paar“ zu sprechen – die Deutschen bevorzugten den Begriff des „Tandems“.

Dieses beruhte vor allem auf der freundschaftlichen Beziehung zwischen Giscard und Schmidt, die sich als Finanzminister kennen gelernt hatten. Giscard empfand in Bezug auf Deutschland nicht das Misstrauen seines Vorgängers. Er wollte „von der deutsch-französischen Versöhnung zur deutsch-französischen Verständigung“ gelangen – im Dienste des europäischen Aufbauwerks. Giscard und Schmidt waren sich über die Notwendigkeit einig, die Bundesrepublik im Westen zu verankern und die Europäischen Gemeinschaften zu stärken.

Diese neuen Impulse für Europa machten sich zunächst auf institutioneller Ebene bemerkbar. Giscard

befürwortete ein Europa der Staaten und wünschte keine neuen supranationalen Bewegungen durch die Kommission oder das Parlament. Schmidt, der weniger föderalistisch war als seine Vorgänger, hätte indes eine Stärkung der unabhängigen Organe lieber gesehen, wie sie auch von den deutschen Parteien und den meisten anderen Mitgliedstaaten gefordert wurde. Die auf dem Gipfel von Paris (9.-10. Dezember 1974) erzielte Lösung bestand in der Stärkung der Regierungszusammenarbeit in der Gemeinschaft durch die Gründung des Europäischen Rates der Staats- und Regierungschefs anstelle der unregelmäßig stattfindenden „Gipfel“; der Europäische Rat sollte regelmäßig zusammentreten und grundlegende politische Entscheidungen treffen, ähnlich wie die deutsch-französischen Räte, die durch den Élysée-Vertrag ins Leben gerufen worden waren. Im Gegenzug stimmte Frankreich der allgemeinen Direktwahl des Europäischen Parlaments zu, was zwar die Gemeinschaften stärkte, jedoch keine Ausweitung der noch stark begrenzten Befugnisse des Parlaments zur Folge hatte.

Auf wirtschaftlicher Ebene machten die unterschiedlichen Interessen Frankreichs und Deutschlands jegliches Vorankommen sehr mühsam. Die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik, die Frankreich sehr am Herzen lag und die die Deutschen für zu teuer hielten, war bereits angeschoben worden. Frankreich forderte eine gemeinsame Industriepolitik, die die Deutschen allerdings als Interventionismus ablehnten, der die Gesetze des Marktes verfälschen würde. Sie akzeptierten jedoch gemeinsame Aktionen für Sektoren, die durch die Wirtschaftskrise in Schwierigkeiten geraten waren (insbesondere die Stahlindustrie). Ein entscheidender Fortschritt wurde dafür durch den deutsch-französischen Vorschlag des Europäischen Währungssystems (EWS) erzielt, mit dem „feste, aber umkehrbare Wechselkurse“ zwischen den Währungen der Mitgliedstaaten eingeführt werden sollten und das Schwankungsbreiten und Unterstüzungsmechanismen für schwache Währungen vorsah, um Abwertungen zu vermeiden und eine gewisse Stabilität der Wechselkurse zu gewährleisten. Großbritannien wollte dem Mechanismus nicht beitreten und isolierte sich damit immer weiter. Das EWS war der erste Schritt auf dem Weg zur gemeinsamen Währung.

In der Außenpolitik bestand ein wesentlicher Punkt in der Annäherung der Standpunkte beider Staaten hinsichtlich der Beziehungen mit den Vereinigten Staaten. Ohne sich zum Atlantiker bekehren zu lassen, kritisierte Giscard – anders als seine Vorgänger – die amerikanische Vorherrschaft nicht und forderte Bonn nicht weiter auf, die unmögliche Wahl zwischen Paris und Washington zu treffen. Frankreich trat zwar nicht wie seine Partner der Europäischen Gemeinschaft auf Aufforderung Washingtons der Internationalen Atomenergieagentur (IAEA) bei und lehnte es ab, die außenpolitische Zusammenarbeit zwischen den Neun den transatlantischen Konsultationen unterzuordnen, aber Giscard näherte sich den Vereinigten Staaten an, insbesondere im Rahmen der jährlichen Gipfeltreffen der Industriestaaten ab 1975, die er angeregt hatte. Helmut Schmidt seinerseits distanzierte sich von den Vereinigten Staaten, beunruhigt angesichts ihrer Währungs- und Nuklearpolitik und ihrer instabilen Politik angesichts der Sowjetunion, die sie unter Ausschluss der Europäer betrieben. Somit ermöglichte die deutsch-französische Verständigung den Ausdruck einer europäischen Haltung, die sich weder den Vereinigten Staaten unterwarf, noch Schwächen gegenüber der Sowjetunion zeigte. Als diese 1979 in Afghanistan einmarschierte, setzten Giscard und Schmidt sich weiter für die Entspannungspolitik ein, während der amerikanische Präsident Reagan heftig reagierte und ein Embargo auf Exporte in die Sowjetunion verhängen ließ; Giscard und Schmidt sorgten dafür, dass die Gemeinschaft beschränkte Sanktionen erließ. In Nahost-Fragen näherte Schmidt sich trotz der deutschen Verbindungen zu Israel der Position Giscard an, weswegen der Europäische Rat am 13. Juni 1980 die Erklärung von Venedig verabschieden konnte, die das Recht auf Existenz und Sicherheit aller Staaten in der Region, einschließlich Israel, bekräftigt und somit die legitimen Rechte des palästinensischen Volkes anerkennt und mögliche Lösungen für den Konflikt vorschlägt.

Somit hatte das Team Giscard-Schmidt mit der Gründung des Europäischen Rates, der Wahl zum Europäischen Parlament und dem EWS den Boden für die zukünftige Europäische Union bereitet. Beide Männer wollten ihr Werk vollenden und die Einheit des politischen Europas in Angriff nehmen, dessen Präsidentschaft Giscard nach seiner zweiten Amtszeit als Präsident Frankreichs hätte übernehmen können. Er wurde indes bereits am 19. Mai 1981 abgelöst. Nach einer Phase der Unsicherheit sollte sein Nachfolger jedoch die begonnene Entwicklung fortsetzen.

#### 4. Die Europäische Union

François Mitterrand wurde am 10. Mai 1981 zum französischen Präsidenten gewählt und sollte es bis zum 17. Mai 1995 bleiben, das heißt zwei Amtszeiten lang. Sein Partner auf deutscher Seite sollte für kurze Zeit Helmut Schmidt sein und schließlich ab dem 1. Oktober 1982 dessen Nachfolger als Kanzler, Helmut Kohl. Dieses neue deutsch-französische Team wird eine entscheidende Rolle im europäischen Integrationsprozess spielen.

In den ersten beiden Jahren seiner ersten Amtszeit hatte Mitterrand jedoch versucht, das Tandem mit Deutschland, das seiner Meinung zu exklusiv war, durch eine Annäherung an London auszugleichen, wie es bereits Pompidou getan hatte. Bewegte man sich auf einen neuen „Trilateralismus“ zu? Dies erwies sich aufgrund der Forderungen Margaret Thatchers als unmöglich, die den britischen Beitrag verringern und die Agrarpreise senken wollte. In diesen Themen vertraten Paris und Bonn ähnliche Haltungen und setzten sich im Mai 1982 über das britische Veto hinweg. Die deutsch-französische Zusammenarbeit setzte sich erneut durch, allerdings eher aufgrund ähnlicher Interessen denn aufgrund großer Vorhaben für Europa. Zumal grundsätzliche Meinungsunterschiede sich bemerkbar machten.

Die Europapolitik der sozialistischen Regierung unterschied sich grundlegend von der Giscard's. In der Wirtschaft wollte Mitterrand die Kontrolle über die nationale Politik behalten, um den Sozialismus in Frankreich in einem Europa zu realisieren, das seiner Meinung nach zu liberal war. Er forderte die Einrichtung einer „europäischen Sozialgemeinschaft“, neue Impulse zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und einen stärkeren Handelsschutz gegenüber den Vereinigten Staaten und Japan. Diese Vorschläge fanden nicht die Zustimmung der Partner, die gegen dirigistische Maßnahmen waren. Auf institutioneller Ebene lehnte Mitterrand jegliche Supranationalität ab und machte sogar die „Vereinbarung“ von Luxemburg aus dem Jahr 1966 zum Vetorecht geltend. Daher waren es auch die deutsche und die italienische Regierung, die die Initiative zur Fortentwicklung unternahm, mit Vorschlägen zur Stärkung der Institutionen und insbesondere des Europäischen Rates, zur Einschränkung des Vetorechts, zur Entwicklung einer gemeinsamen Außenpolitik und zur Abstimmung in Sicherheitsfragen. Sollte ein deutsch-italienisches „Tandem“ das „deutsch-französische Tandem“ ablösen? Das Vorhaben traf auf zahlreiche Vorbehalte. Frankreich und Großbritannien waren gegen die Stärkung der Institutionen. Für Italien wie auch für Frankreich war die Entwicklung gemeinsamer Politiken prioritär. Deshalb musste der Europäische Rat von Stuttgart (18.-19. Juni 1983) sich mit der Verabschiedung einer feierlichen Erklärung über die Europäische Union begnügen, ohne neue Verpflichtungen einzugehen.

Die deutsch-französische Freundschaft jedoch sollte sich schon bald mit der Wende in der französischen Wirtschaftspolitik reformieren. Die von der sozialistischen Regierung betriebene Politik stand im Gegensatz zu der ihrer europäischen Partner und führte bald zu einem wachsenden Defizit des Haushalts und der Zahlungsbilanz. Frankreich musste Deutschland um Währungsunterstützung bitten und im Gegenzug eine Sparpolitik versprechen. Mitterrand seinerseits zögerte nicht, den neuen Bundeskanzler Helmut Kohl seiner Unterstützung zu versichern, der von den linken Verfechtern der Neutralität für eine Rede am 20. Januar 1983 vor dem Bundestag kritisiert wurde, in der er den Deutschen empfahl, der Installation von amerikanischen Raketen auf ihrem Boden zuzustimmen, um auf die sowjetische Aufrüstung zu reagieren – diese Rede half der christdemokratischen Regierung, die Wahlen am 6. März zu gewinnen. Außerdem beschloss Präsident Mitterrand, die sozialistische Politik nicht fortzuführen, die ihn aus dem EWS hätte austreten und den Protektionismus wieder hätte einführen lassen, sondern er entschied, mit Hilfe der Gemeinschaft im EWS und im gemeinsamen Markt zu bleiben, und akzeptierte gleichzeitig eine strenge Sparpolitik. Die deutsche Hilfe erwies sich damals als entscheidend. Das deutsch-französische Tandem erneuerte sich und sollte eine entscheidende Rolle bei der Gründung der Europäischen Union spielen, nachdem auf dem Europäischen Rat von Fontainebleau (25.-26. Juni 1984) Maßnahmen zum Haushalt und zur Reform der Agrarpolitik verabschiedet worden waren, die notwendig waren, um die Blockade der Gemeinschaften zu lösen.

Auf institutioneller Ebene erwies Mitterrand sich fortan als sehr europäisch. Er stimmte dem Spinelli-Entwurf einer Verfassung der Europäischen Union, der am 14. Februar 1984 vom Europäischen Parlament verabschiedet worden war, im Grundsatz zu. Die Regierungen machten diesen Text zwar nicht zur Verhandlungsgrundlage, berücksichtigten ihn aber und beschlossen die Revision der Gemeinschaftsverträge,



um eine Europäische Union zu gründen, die im Grundsatz bereits 1972 beschlossen worden war. Auf der zu diesem Zweck einberufenen Regierungskonferenz hatten Deutschland und Frankreich unterschiedliche Interessen in den technischen Fragen, aber die politischen Impulse beider Länder erwiesen sich als unverzichtbar für die Unterzeichnung der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) am 17. und 18. Februar 1986, die im Grunde genommen die Eröffnung des großen gemeinsamen Marktes für 1992 vorsah; die Fortschritte bei den Institutionen beschränkten sich auf die Ausweitung der Mehrheitsabstimmung im Rat im Zusammenhang mit einem Verfahren der Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament ausschließlich in Fragen des gemeinsamen Marktes. Die Einrichtung eines Generalsekretariats der Europäischen Union, die Frankreich und Deutschland gefordert hatten, war von den anderen Partnern, allen voran Großbritannien, abgelehnt worden, aber der Vertrag formalisierte die Rolle des Europäischen Rates.

Die Effizienz der deutsch-französischen Zusammenarbeit zeigte sich vor allem bei der Einrichtung des grenzenlosen Wirtschaftsraumes. Der Präsident der Europäischen Kommission, der Franzose Jacques Delors, wurde von Präsident Mitterrand und Bundeskanzler Kohl unterstützt und konnte ehrgeizige Maßnahmen für die Reform der Agrarpolitik vorschlagen und das Haushaltsproblem so lösen, dass der Gemeinschaft in den folgenden fünf Jahren ausreichende Ressourcen für die Strukturpolitiken zur Verfügung standen, mit denen sowohl den neuen Mitgliedstaaten Spanien und Portugal als auch den älteren Mitgliedern Irland und Griechenland geholfen werden konnte. Die Umsetzung des großen Binnenmarktes setzte die Stabilität der Währungsparitäten zwischen den Mitgliedstaaten voraus. Dank des EWS waren die Wechselkursschwankungen gemindert worden, allerdings nur mithilfe zahlreicher Anpassungen; vor allem war das System durch die starke D-Mark unausgewogen, an die sich die Länder mit schwachen Währungen durch die Anhebung ihrer Zinssätze anzunähern versuchen mussten. Frankreich wollte daher die Währungsmacht durch die Verabschiedung einer gemeinsam verwalteten europäischen Währung aufteilen. Deutschland seinerseits war nur bereit, auf seine nationale Währung zu verzichten, wenn die europäische Währung genauso streng von einer politisch unabhängigen Zentralbank verwaltet würde, die die Preisstabilität gewährleisten würde. Auf Antrag Frankreichs erstellte ein Ausschuss unter dem Vorsitz von Jacques Delors einen Drei-Stufen-Plan zur WWU, der auf der Tagung des Europäischen Rates von Madrid (26.-27. Juni 1989) verabschiedet wurde; der Rat beschloss, dass die erste Stufe am 1. Juli 1990 mit der vollständigen Freigabe des Kapitalverkehrs beginnen sollte, bis eine Regierungskonferenz (RK) einen Vertrag verabschiedet hätte. Es stellte sich schnell heraus, dass auch die Institutionenfrage für die Umsetzung der WWU geklärt werden musste.

Gleichzeitig verstärkte sich die deutsch-französische Annäherung in der Außenpolitik. Die Bundesrepublik hatte sich außenpolitisch emanzipiert, mit der Teilnahme an den Wirtschaftsgipfeln der Industriestaaten seit der Zeit Giscard und ihrem Beitritt zu den Vereinten Nationen im Jahre 1973. Aber sie benötigte die europäische Zusammenarbeit und insbesondere die Kooperation mit Frankreich, um auf Abstand zu Washington zu gehen und eine Politik gegenüber der Sowjetunion zu entwickeln, die flexibler als die amerikanische war. Beide Länder stimmten sich über die Ost-West-Beziehungen ab. Paris und Bonn widerstanden dem Druck des amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan während der polnischen Krise von 1981 und beschränkten die von den Amerikanern gegenüber der Sowjetunion geforderten Sanktionen. Im Verteidigungsbereich war die Annäherung besonders ausgeprägt, weil die beiden Länder den Élysée-Vertrag von 1963 über Sicherheitsfragen in Europa umsetzten. Es gab jedoch weiterhin erhebliche Differenzen, da die Deutschen sich nicht von der NATO lösen wollten und die Franzosen Bonn nicht in die französische Nuklearstrategie einbeziehen wollten. Die Deutschen hätten Fragen der Sicherheit gerne in den Zuständigkeitsbereich der künftigen Europäischen Union gestellt, während die Regierung in Paris – genau wie London – dagegen war und lieber im Jahr 1984 die WEU wiederbelebte, indem sie die Bestimmungen streichen ließ, die Deutschland im Hinblick auf konventionelle Waffen diskriminierten. Ein deutsch-französischer Verteidigungsrat wurde am 22. Januar 1988 eingerichtet, und auf Vorschlag des Bundeskanzlers Kohl wurde eine gemischte deutsch-französische Brigade ins Leben gerufen. Deutschland und Frankreich hatten somit einen ersten Schritt in Richtung der politischen und militärischen Autonomie der Europäer getan, die noch stark durch den Kalten Krieg beschränkt wurde, die sich aber nach dem Zusammenbruch der UdSSR und der deutschen Wiedervereinigung würde behaupten können.

Die Frage nach der Politischen Union Europas stellte sich dringend mit der deutschen Wiedervereinigung im Jahr 1989. Der Europäische Rat von Straßburg (9. November) hatte dieser zwar im Grundsatz zugestimmt,

aber vor allem in Großbritannien und Frankreich machte man sich weiter Sorgen. Kanzler Kohl suchte seine Partner zu beruhigen und bekräftigte, das deutsche Haus könne nur unter einem europäischen Dach gebaut werden. Die deutsche Einheit konnte gefahrlos nur im Rahmen der europäischen Einheit realisiert werden. Das war auch die Haltung der wichtigsten Partner Deutschlands, allen voran Frankreichs. Deshalb schlugen Mitterrand und Kohl am 19. April 1990 vor, eine Regierungskonferenz zur Politischen Union einzuberufen, um die Gemeinschaftsorgane zu stärken und vor allem eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) zu entwickeln und umzusetzen. Während die Standpunkte der Mitgliedstaaten sich stark unterschieden, waren es erneut Mitterrand und Kohl, die in einem Brief vom 5. Dezember ihre Vorstellungen von der künftigen Politischen Union in einem präzisen und zusammenhängenden Konzept darlegten.

Der Vertrag von Maastricht über die Europäische Union vom 7. Februar 1992 bestätigte die WWU, deren Hauptinitiatoren Frankreich und Deutschland gewesen waren, machte jedoch im politischen Bereich kaum Fortschritte, da Frankreich sich zwischenzeitlich Großbritannien angenähert hatte und die nationale Unabhängigkeit bewahren wollte. Helmut Kohl musste eine Union auf drei Säulen akzeptieren: die Gemeinschaftssäule, die um die WWU erweitert worden war, die jedoch keine erweiterten Befugnisse des Parlaments vorsah, und die beiden Säulen der Regierungszusammenarbeit für die GASP und für Justiz und innere Angelegenheiten (JI). Deshalb forderte er, dass die Regierungskonferenz, die den Vertrag bewerten und falls notwendig modifizieren sollte, für ein bestimmtes Datum im Jahr 1996 einberufen werden sollte. Die Umstände zu jenem Zeitpunkt sollten jedoch weniger günstig für die Stärkung der Institutionen sein.

Die Umsetzung des Vertrags über die Europäische Union stieß auf Schwierigkeiten. Die Ratifizierung in Frankreich war nur knapp gelungen (51.04 % Ja-Stimmen bei der Volksabstimmung, während der Deutsche Bundestag dem Vertrag zwar mit überwältigender Mehrheit zugestimmt hatte, Umfragen zufolge jedoch ein großer Teil der Öffentlichkeit gegen den Vertrag war). Außerdem hatte das Verfassungsgericht einer weiteren Fortführung der politischen Integration Grenzen gesetzt, und die Länder waren um ihre Befugnisse besorgt; sie hatten eine Grundgesetzänderung erreicht, die ihnen ein Einsichtsrecht bei der Europapolitik der Bundesregierung verlieh. Daher sollte Kohl bis zu seiner Wahlniederlage im September 1998 in diesem Bereich vorsichtiger werden. Sein Nachfolger, der Sozialdemokrat Gerhard Schröder, der im September 2002 wiedergewählt wurde, war vor allem auf die Verteidigung der deutschen Interessen bedacht. Zumal in Frankreich bei den Parlamentswahlen vom 21. und 28. März 1993 das rechte Lager gewonnen hatte und Präsident Mitterrand (1988 wiedergewählt) eine Kohabitationsregierung mit der RPR von Jacques Chirac bilden musste, mit Édouard Balladur, einem Verfechter des Europas der Nationalstaaten, als Premierminister und Alain Juppé, der zur Umsetzung des Maastricht-Vertrags entschlossen war, als Außenminister. Schließlich kommt am 7. Mai 1995 Jacques Chirac selbst, ein Befürworter der Regierungszusammenarbeit, als Staatspräsident an die Macht zurück. Nachdem dieser bedauerlicherweise die Nationalversammlung aufgelöst hatte, um seine Mehrheit zu stärken, war er nach dem Wahlsieg des linken Lagers am 25. Mai und 1. Juni 1997 zu einer Kohabitation mit der sozialistischen Regierung unter Lionel Jospin gezwungen; dies blieb so bis zu seiner Wiederwahl zum Präsidenten am 5. Mai 2002 und dem Sieg seiner Partei, der *Union pour la majorité présidentielle* (UMP), bei den Parlamentswahlen am 9. und 16. Mai.

In den letzten Jahren des 20. Jahrhunderts, in einem schwierigen Umfeld wirtschaftlicher Rezession und steigender Arbeitslosigkeit sowie der Unsicherheit der Öffentlichkeit über das Ziel und die Bedingungen der europäischen Integration, tendierten die Regierungen dazu, den Schwerpunkt auf die nationalen Interessen im Rahmen der Europäischen Union legen. In diesem Zusammenhang führten die Differenzen zwischen Frankreich und Deutschland dazu, dass der deutsch-französische Motor nur noch zeitweilig funktionierte.

Zunächst bei der gemeinsamen Währung, der wichtigsten Errungenschaft des Maastrichter Vertrags. Die deutsch-französische Verständigung, die im Grundsatz bestand, existierte nicht in demselben Maße auch über die Zielsetzungen. Für Frankreich war der Euro das Instrument einer neo-keynesianischen Politik im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, die nach Ansicht Deutschlands eher durch Strukturreformen bekämpft werden musste, während die Währungspolitik neutral und unabhängig von den Regierungen bleiben sollte. Während Frankreich sich für die Einrichtung einer „Wirtschaftsregierung“ als Gegengewicht zur Europäischen Zentralbank (EZB) aussprach, lehnte Deutschland dies mit Verweis auf die Unabhängigkeit der EZB ab. Schließlich akzeptierte Deutschland eine lediglich informelle Formation der Finanzminister des

Euro-Währungsgebietes, die sich auf Konsultationen beschränken, während die Beschlüsse weiterhin vom Rat „Wirtschaft und Finanzen“ mit allen Mitgliedstaaten getroffen werden. Ein weiterer Grund für eine Meinungsverschiedenheit war die Verabschiedung eines „Stabilitätspaktes“, den Deutschland im Jahr 1995 vorgeschlagen hatte, damit die Staaten auch nach ihrem Beitritt zum Euro-Währungsgebiet die Maastricht-Kriterien beachteten. Sonst fürchtete Deutschland, dass es finanzielle Transferleistungen leisten und den Haushalt der Union aufstocken müsste. Die Franzosen und insbesondere die sozialistische Regierung sahen darin ein Hindernis für einen Konjunkturaufschwung. Aber sie mussten ihn akzeptieren, nachdem Jacques Chirac daraus einen „Stabilitäts- und Wachstumspakt“ gemacht und gleichzeitig durchgesetzt hatte, dass die Sanktionen für die Staaten, die den Pakt nicht einhalten, nicht automatisch verhängt, sondern vom Rat beschlossen würden. Ironischerweise tat sich das deutsch-französische Tandem wieder zusammen, um den Pakt am 28. November 2003 „aussetzen“ zu lassen, weil die beiden Staaten ihr Defizit nicht unter 3 % bringen konnten. In Sachen EZB war Chirac auf den Widerstand Helmut Kohls gestoßen, als er forderte, das Mandat des Niederländers Wim Duisenberg zugunsten des französischen Zentralbankpräsidenten Jean-Claude Trichet abzukürzen; dadurch wurde die Position des Kanzlers in Deutschland vor den Wahlen, die er dann verlieren sollte, weiter geschwächt.

Bei der Frage des Gemeinschaftshaushaltes fanden die beiden Länder keine Einigung, da Deutschland als größter Nettozahler einer Reduzierung der GAP-Ausgaben forderte, wogegen Frankreich als Hauptempfänger sich wehrte. Die Atmosphäre auf dem Europäischen Rat von Berlin (24.-25. März 1999) unter dem Vorsitz des erst kurz zuvor gewählten Kanzlers Gerhard Schröder war gespannt; dieser musste schließlich angesichts der hartnäckigen Bemühungen Jacques Chiracs, die Gemeinschaftshilfen für die Landwirte zu verteidigen, einlenken. Die beiden Männer fanden einen Kompromiss auf dem Europäischen Rat von Brüssel (24.-25. Oktober 2002), bei dem Chirac den Fortsetzung der Agrarausgaben bis 2013 durchsetzte, allerdings mit einer Obergrenze, trotz der Erweiterung der Union von 15 auf 27 Mitgliedstaaten und auch wenn dadurch die Hilfen für die neuen Mitglieder niedriger ausfielen. Im Jahr 2003 konnte Chirac die GAP-Reform der EU-Kommission, die die Entkopplung der Direktiven von der Produktion vorgeschlagen hatte, beschränken und Ausnahmeregelungen erreichen. Dieses Mal erhielt er die Unterstützung Schröders, der sich für seine Landwirte einsetzte. Was die Höhe des Gemeinschaftshaushalt betrifft, einigten Frankreich und Deutschland sich darauf, genau wie Großbritannien, die Niederlande, Schweden, Österreich – die Nettozahler der Union – eine Höchstgrenze von lediglich 1 % des BSP zu fordern, was nicht ausreicht, damit die Union alle Aufgaben, die ihr übertragen wurden, auch erfüllen kann. Nach der Krise, die durch das französische „Nein“ zur europäischen Verfassung verursacht wurde, schlug der geschwächte Chirac gemeinsam mit Kanzler Schröder vor, die Höchstgrenze auf 1,06 % zu erhöhen, wenn dadurch ein Kompromiss mit London für den Haushalt 2007-2013 gefunden werden könnte.

Im Hinblick auf die vom Maastricht-Vertrag eingeführte GASP einigten Frankreich und Deutschland sich darauf, deren Rahmen und Instrumente weiterzuentwickeln. Im Jahr 1992 hatten sie das Eurocorps gegründet, dem später Belgien, Luxemburg und Spanien beitraten und das als Keimzelle einer zukünftigen europäischen Armee galt. Meinungsverschiedenheiten bestanden weiter hinsichtlich der Zielsetzungen: Frankreich wollte eine autonome Verteidigungspolitik und ein „starkes Europa“, während nach Ansicht Deutschlands diese Politik den atlantischen Zusammenhalt nicht stören durfte. Spannungen entstanden, als Jacques Chirac bei seinem Amtsantritt entschied, die französischen Nukleartests wieder aufzunehmen, den Wehrdienst abzuschaffen und die französische Armee in eine Berufsarmee umzuwandeln, ohne Deutschland zu konsultieren, das seinen Wehrdienst behielt. Später näherten sich die beiden Länder einander wieder an und verliehen ihrer bilateralen Zusammenarbeit neuen Schwung, indem sie ein „gemeinsames Strategiekonzept“ vorlegten. Sie forderten die Integration der WEU, der einzigen europäischen Militärorganisation, in die Europäische Union. Aber es dauerte bis zum politischen Wechsel in Großbritannien im Jahr 1998 und bis zum Treffen zwischen Blair und Chirac in Saint-Malo, bis die deutsch-französischen Vorschläge zur Umsetzung einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) nach dem Europäischen Rat von Köln (3. Juni 1999) führten, mit den Militärorganen der WEU, nationalen Kontingenten für Kriseneinsätze und einer Europäischen Rüstungsagentur. Die Europäische Union konnte so in Einsätzen zur Friedenssicherung in Bosnien, in Mazedonien und in der Demokratischen Republik Kongo intervenieren. Es wurden Verbindungen zur NATO hergestellt. Es geht somit nicht darum, die Allianz zu ersetzen, sondern darum, sie durch einen Ausgleich zu stärken. In Verteidigungsfragen hat also der Trilateralismus mit London Fortschritte möglich gemacht.

Das war nicht der Fall in der Außenpolitik, wo die Frage der transatlantischen Beziehungen weiter von grundlegender Bedeutung ist. Während die Europäische Union sich nach den Terroranschlägen am 11. September 2001 in New York und Washington einstimmig solidarisch mit den Vereinigten Staaten erklärt und den amerikanischen Militäreinsatz in Afghanistan befürwortet hatte, spaltete sich Europa, als Präsident Bush 2002 im Irak einmarschieren wollte. Es gab keine Abstimmung unter den europäischen Spitzen. Von Beginn an hatte Tony Blair Präsident Bush vorbehaltlos unterstützt, während Jacques Chirac das einseitige Vorgehen Washingtons kritisierte und Kanzler Schröder den pazifistischen Bestrebungen der Deutschen im Wahlkampf um seine Wiederwahl entsprach. Am 22. Januar 2003, anlässlich des vierzigsten Jahrestages des Élysée-Vertrags erklärten Chirac und Schröder, dass sie gegen jeglichen Militäreinsatz seien, bekräftigten aber gleichzeitig ihr Engagement für Europa. Aber das deutsch-französische Duo sollte keine Motor-Rolle spielen. Im Gegenteil. Die meisten anderen europäischen Regierungen unterstützten ungeachtet der Demonstrationen gegen den amerikanischen Krieg die Haltung Bushs in dem Bestreben, die transatlantischen Beziehungen zu erhalten, und erklärten sich zur Teilnahme an einer internationalen Koalition bereit. Auch die Beitrittskandidaten in Mittel- und Osteuropa, was ihnen harsche Kritik Jacques Chiracs einbrachte. Das deutsch-französische Tandem befand sich umso mehr in der Isolation innerhalb der Europäischen Union, als es sich auf die Unterstützung des russischen Präsidenten Wladimir Putin zur Zusammenstellung eines „Lagers des Friedens“ verließ. Dieses Lager zersetzte sich nach dem anfänglichen Sieg der Amerikaner und dem Sturz Saddam Husseins, als Putin und schließlich Schröder sich Washington annäherten, zähneknirschend gefolgt von Jacques Chirac. Die Spaltung Europas wurde gemildert durch den immer länger währenden Guerillakrieg der Islamisten im Irak, den schrittweisen Rückzug der Truppen mehrerer europäischer Länder aus der Koalition, allen voran Spanien, und vor allem durch die Notwendigkeit, die aus freien Wahlen hervorgegangene Regierung in Bagdad zu unterstützen.

## 5. Der Verfassungsvertrag

Mit der Erweiterung der Union um die mittel- und osteuropäische Länder (MOEL) erwies sich die Stärkung der Institutionen als unumgänglich. Der Vertrag von Amsterdam (2. Oktober 1997) war dazu nicht in der Lage, größtenteils aufgrund der Differenzen zwischen Frankreich und Deutschland. Um den Einfluss des wiedervereinigten Deutschlands geltend zu machen, forderte Bundeskanzler Kohl, dass die Abstimmungen im Rat einer doppelten Mehrheit unterliegen: Mehrheit der Staaten und Mehrheit der Bevölkerung. Chirac war dagegen und führte die deutsch-französische Parität als Grundprinzip seit Beginn der Gemeinschaften an. Er beharrte auf seiner Position, als er während seines Ratsvorsitzes der Union im zweiten Halbjahr 2000 in gespannter Atmosphäre mit Kanzler Schröder verhandelte und die Partner ihre Forderungen vorbrachten, um so viele Stimmen wie möglich für die Mehrheitsabstimmungen im Rat zu erhalten. Daher erwies sich der Vertrag von Nizza (16. Februar 2001) als notwendig, der auf mühsam erzielten Kompromissen beruhte und die Entscheidungsverfahren noch komplexer machte, statt sie zu vereinfachen.

Zu dem Zeitpunkt wurden Chirac und Schröder sich der Notwendigkeit bewusst, sich einander anzunähern, um mit einer Stimme zu sprechen und erneut Einfluss in Europa ausüben zu können. Beide treffen sich regelmäßig. Deutsch-französische Ministerräte werden eingerichtet. Der Präsident und der Kanzler beenden ihren Streit über die Agrarpolitik. Sie kritisieren gemeinsam den amerikanischen Militäreinsatz im Irak. Vor allem stimmen sie sich ab und präsentieren gemeinsame Vorschläge im Konvent zur Zukunft Europas, der einen Verfassungsvertrag für die Europäische Union ausarbeiten soll. Frankreich will den Rat durch einen ständigen Präsidenten stärken, während Deutschland lieber dem Kommissionspräsidenten und dem Parlament mehr Befugnisse übertragen möchte. Beide Länder einigen sich auf den Vorschlag zweier gemeinsamer Reformen. Die Abstimmung im Rat betreffend akzeptiert Chirac die doppelte Mehrheit und verzichtet dabei auf die Parität zwischen Frankreich und Deutschland. Er unterstützt den deutschen Vorschlag, den Posten eines Außenministers der Europäischen Union zu schaffen. In der Verteidigung setzen Frankreich und Deutschland den Begriff der „strukturierten Zusammenarbeit“ durch, in deren Rahmen einige Staaten mit den notwendigen Kapazitäten ihre Ressourcen zusammenlegen können, um im Namen der Union und nach Beschluss des Rates Missionen durchzuführen. Der deutsch-französische Einfluss war in diesen verschiedenen Bereichen richtungsgebend. In anderen Fragen war er wiederum sehr viel geringer (Definition der Befugnisse und Zuständigkeiten, Garantie des Subsidiaritätsprinzips, Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts, Aufgabe der Euro-Gruppe). In der Regierungskonferenz der



fünfundzwanzig Mitgliedstaaten, die den Verfassungsentwurf modifizieren und schließlich verabschieden sollte, verteidigen Frankreich und Deutschland, die mit dem Text zufrieden sind, ihn gegen die mittleren und kleinen Staaten; die fürchten ein Direktorium der Großen und wollen ihr Gewicht in den Entscheidungen erhöhen, müssen jedoch Zugeständnisse bei der Anhebung der Schwellen der qualifizierten Mehrheit und bei der Erhaltung eines Kommissars pro Land machen; die Verkleinerung der Kommission, die von Paris und Berlin gefordert worden war, wurde damit auf später verschoben.

Während die beiden Länder viel zur Ausarbeitung des Vertrags über eine Verfassung für Europa, der am 29. Oktober 2004 unterzeichnet wurde, beigetragen haben, trennen sich ihre Wege bei der Ratifizierung. In Frankreich beschließt Jacques Chirac eine Volksabstimmung, wie sie schon beim Vertrag von Maastricht organisiert worden war. Am 29. Mai 2005 wird der Verfassungsvertrag mit einer deutlichen Mehrheit von 54,87% bei einer hohen Wahlbeteiligung von 70 % abgelehnt. Diese Ablehnung, die von der nationalistischen Rechten und den antikapitalistischen Linksextremen vorhergesehen worden war, wurde noch verstärkt durch das schlechte politische Klima und vor allem durch die sozialen Schwierigkeiten (anhaltende Arbeitslosigkeit, stagnierende Kaufkraft, Zukunftsängste), die benutzt wurden, um nicht nur dem Vertrag, sondern dem Konzept des „liberalen Europas“ selbst eine Absage zu erteilen. In Deutschland dagegen wurde der Vertrag im Parlament mit überwältigender Mehrheit ratifiziert. Wenn jedoch ein Referendum stattgefunden hätte – was das Grundgesetz verbietet –, wäre das Ergebnis den Umfragen zufolge ebenfalls unsicher gewesen, aus vergleichbaren politischen und sozialen Gründen.

Von diesem Misserfolg erschüttert, besteht das deutsch-französische Tandem trotzdem fort – aufgrund der engen Bande, die in den letzten fünfzig Jahren zwischen den beiden Ländern geknüpft wurden. Es gibt für keinen von beiden eine glaubhafte Alternative. Chirac und Schröder haben das eingesehen, als sie sich auf dem Europäischen Gipfel vom 15.-17. Juni gegen Tony Blair beim Haushalt der Union für den Zeitraum 2006-2013 zusammenschlossen. Diese beiden Länder, die für ein politisches Europa eintreten, müssen einen Weg finden, um die wesentlichen Errungenschaften des Verfassungsvertrages zu retten und der erweiterten Union die Effizienz zu verleihen, die sie mit dem derzeit geltenden Vertrag von Nizza nicht hat. Frankreich und Deutschland müssen auch ihre Differenzen überwinden und ein wirtschaftliches und soziales Modell vorstellen, das über den englischen Liberalismus hinausgeht und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit erhöht, damit die Union bürgernaher wird und die Bürger besser an den Zielen und dem Leben der Europäischen Union teilhaben können.

In einem erweiterten Europa haben Frankreich und Deutschland nicht mehr das relative Gewicht, das sie bisher immer wieder einsetzen konnten, um die europäische Integration voranzutreiben. Ihr Gewicht im Parlament, im Rat und in der Kommission ist geringer geworden. Aber sie können weiter als Impulsgeber handeln. Dazu könnte das Tandem sich verstärken, indem es sich einer Familie von Partnern öffnet, die ihre Werte teilen, allen voran Belgien, Luxemburg, Spanien, Polen.